CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Tino Sorge MdB
Gesundheitspolitischer Sprecher

Platz der Republik 1
11011 Berlin

T 030. 227-77410
F 030. 227-6408

tino.sorge@bundestag.de
www.cducsu.de

Silvia Breher MdB
Familienpolitische Sprecherin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

T 030. 227-70018
F 030. 227-76068

silvia.breher@bundestag.de
www.cducsu.de

Dr. Günter Krings MdB
Rechtspolitischer
Sprecher

Platz der Republik 1
11011 Berlin

T 030. 227-73060
F 030. 227-76058

günter.krings@bundestag.de
www.cducsu.de

An die
Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag

im Hause

Berlin, 20. Februar 2024

Klientelpolitik mit Folgeschäden – die Cannabislegalisierung der Ampel

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in dieser Woche will die Ampel in 2./3. Lesung die Legalisierung von Cannabis beschließen. Cannabis soll künftig nicht mehr zu den verbotenen Substanzen nach dem Betäubungsmittelgesetz gehören, Besitz und Konsum bleiben unter bestimmten Bedingungen straffrei. Die Abgabe soll in sogenannten Cannabis-Clubs erfolgen, gleichzeitig wird der Eigenanbau von drei weiblichen Pflanzen erlaubt. Im parlamentarischen Verfahren wurden die wenigen Schutzregelungen, etwa für Kinder und Jugendliche, nochmals geschliffen. So wurden zum Beispiel die Bannzonen um Schulen und Kitas verkleinert, die Freigrenzen heraufgesetzt und die Höhe der Bußgelder abgesenkt. Während wichtige Reformvorhaben im Gesundheitsbereich liegen bleiben, arbeitet die Ampel buchstäblich wie im Rausch daran, eine weitere Droge mit absehbar erheblichen negativen Folgen für die breite Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion halten dieses Vorhaben für fatal und im höchsten Maße verantwortungslos. Zugunsten einer Klientel, die seit Jahren laut und vernehmlich auf die Legalisierung drängt, nimmt die Ampel gesundheitliche Folgeschäden bei den künftigen Konsumenten billigend in Kauf, sie schafft ein Bürokratiemonster ohne Vorbild und stört den Rechtsfrieden in unserem Land. Mit dieser Einschätzung sind wir nicht allein, zahlreiche Schreiben haben uns dazu in den letzten Monaten erreicht. Die führenden Verbände der Kinder- und Jugendmediziner, der Kinder- und Jugendpsychiater, die Bundesärztekammer, die Gewerkschaft der Polizei, der Bund Deutscher Kriminalbeamten, der Berufsverband der Lehrkräfte und Pädagogen sowie viele weitere Verbände haben sich mit dem eindringlichen Appell „Aus Verantwortung zu unserem Land - die geplante Cannabislegalisierung stoppen“ an alle Abgeordnete des Deutschen Bundestages gewandt und diese aufgefordert, dem Gesetz nicht zuzustimmen.

Diese Haltung hat gute Gründe:

- Insbesondere junge Menschen bis 25 Jahre sind durch den Konsum von Cannabis besonders gefährdet, da bei ihnen die Entwicklung des Gehirns noch nicht abgeschlossen ist. Gedächtnis-, Lern- und Erinnerungsleistungen werden durch den Konsum von Cannabis ungünstig beeinflusst, Aufmerksamkeit, Denkleistung und Intelligenz leiden darunter.

- Bei vulnerablen Personen besteht darüber hinaus ein Zusammenhang des Konsums von Cannabis mit depressiven Störungen, Suizidalität, bipolaren Störungen, Angsterkrankungen und Psychosen. Unabhängig vom Alter haben regelmäßige Cannabiskonsumenten häufiger Komplikationen und Schmerzen nach Operationen, sie benötigen mehr Schmerzmittel.

- Internationale Erfahrungen belegen, dass eine Legalisierung gerade bei jungen Menschen zu erhöhtem Konsum, insgesamt zu mehr gesundheitlichen Schäden und zu einer verminderten Risikowahrnehmung führt.

- Das künftig vermehrte Rauchen von Joints wird einhergehen mit mehr typischen Rauchererkrankungen wie etwa Lungenkrebs.

- Das Ziel, den Schwarzmarkt zurückzudrängen, wird mit diesem Gesetz nicht funktionieren, da die Konsumenten den komplizierten Erwerb über die Cannabis-Clubs umgehen werden.

- Die strikte Trennung von Cannabis im Eigenanbau im selben Haus oder derselben Wohnung mit Kindern und Jugendlichen ist schlicht wirklichkeitsfremd.

- Eine wirksame Kontrolle der oft kleinteiligen Auflagen und Regelungen durch Polizei- und Ordnungsbehörden wird faktisch nicht möglich sein, vielmehr entsteht ein immenser Vollzugs- und Überwachungsaufwand.

- Die hohen Freimengen stellen quasi eine Blankovollmacht für jeden Dealer dar.

- Die geplante rückwirkende Straffreiheit wird dazu führen, dass Staatsanwaltschaften und Gerichte eine Vielzahl von Entscheidungen der letzten Jahre im Betäubungsmittelbereich wieder aufheben müssen.

- Viele weitere Fragen wie die Folgen des Cannabiskonsums im Straßenverkehr oder am Arbeitsplatz sind schlicht noch ungeklärt oder zumindest wirklichkeitsfremd beantwortet.

Die Lust an der Legalisierung macht die Ampel blind für die Sorgen vieler Eltern. Nach neusten Forsa-Erhebungen im Auftrag der Kaufmännischen Krankenkasse Hannover ist eine klare Mehrheit der Eltern der Auffassung, dass der Konsum von Cannabis sich psychisch und körperlich negativ auf Kinder und Jugendliche auswirkt. 73 Prozent befürchten eine Schädigung des Gehirns, 70 Prozent denken, dass es zu psychischen Problemen oder zu Stimmungsschwankungen kommt. 69 Prozent denken, dass ein häufiger Konsum von Cannabis Kinder und Jugendliche abhängig macht und 64 Prozent befürchten einen Leistungsabfall in der Schule. Diese Sorgen sind nicht unbegründet, denn schon heute zeigt sich, intensive Cannabis-Konsumenten brechen häufiger die Schule ab und weisen schlechtere Bildungsabschlüsse als Nicht-Konsumenten auf.

Uns ist bewusst, dass der Ist-Zustand beim Umgang mit Cannabiskonsum sicherlich nicht zufriedenstellend ist. Deshalb wollen wir auch kein „weiter so“, sondern fordern eine langfristig angelegte Präventionskampagne, welche die Risiken des Konsums gezielter adressiert. Gleichzeitig braucht es eine Strategie der Bundesregierung, die gemeinsam mit den Kinder- und Jugendärzten sowie Suchtmedizinern erarbeitet werden muss und auf Kinder und Jugendliche angepasst ist. Ebenso wollen wir, etwa durch verstärkte Forschung, den medizinischen Nutzen von Medizinalcannabis weiter erhöhen.

Selbst wer die Legalisierung von Cannabis grundsätzlich befürwortet, kann nicht guten Gewissens für dieses Gesetz stimmen. Die darin enthaltenen Regelungen sind de facto nicht kontrollierbar und werden jede Vollzugsbehörde vor unlösbare Aufgaben stellen. Nicht umsonst hat sich auch die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren einhellig und eindringlich gegen die Legalisierung ausgesprochen. Sobald wir als Union wieder Regierungsverantwortung tragen, werden wir daher alles daransetzen, dieses verantwortungslose Gesetz – sofern es mit der Mehrheit der Ampel tatsächlich beschlossen werden und in Kraft treten sollte – mit seinen schädlichen Auswirkungen zurückzunehmen.

Herzliche Grüße

Tino Sorge, MdB

Silvia Breher, MdB

Dr. Günter Krings, MdB